

## Die HSU (Humanistische Studentenunion) in Hamburg 1967 – 1970

### Leitbild der HSU

Ein Vorspann zur Geschichte der HSU in Hamburg von 1967 bis 1970 ist nötig, um das Besondere dieser politischen Studentengruppe zu verstehen: Der philosophisch-politische Paukenschlag des 18. Jahrhunderts, der aus der Philosophie der Renaissance resultierte, war die Verkündigung der Menschenrechte. Die angeblich gottgewollte Ordnung war nicht länger Ausgangspunkt politischer Organisation, sondern der einzelne Mensch mit seinen individuellen Rechten. Die Verwirklichung der Menschenrechte wurde oberstes politisches Ziel der europäischen Nationalstaaten. Hierin gab es allerdings durch Leninismus/Stalinismus und Faschismus furchtbare Rückschläge.

Die Überzeugung, dass der einzelne Mensch mit seinen Fähigkeiten über sich selbst bestimmen und die Gesellschaft gestalten kann, gab es schon in der europäischen Antike. Er wurde wiederbelebt in der Renaissance und dafür wurde der Begriff „Humanismus“ geprägt.

In der Adenauer-Ära (1949 – 1963) wuchs in weiten Teilen der Gesellschaft der BRD die Befürchtung, dass eine zunehmende klerikale Einflussnahme das Grundgesetz, und damit die Menschenrechte, aushöhlen könnte. 1961 wurde die „Humanistische Union“ von Gerhard Szcesny gegründet und 1962 die „Humanistische Studentenunion“. Beide Organisationen setzten sich ein für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche und für eine radikale Verwirklichung der Grundrechte.

Leitbild für die HSU war ein marxistischer Humanismus, der sich an den Frühschriften von Karl Marx orientierte:

„Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. ... Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks. ... Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“ (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung)

„Der Communismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewusst und innerhalb des ganzen Reichthums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines g e s e l l s c h a f t l i c h e n, d. h. menschlichen Menschen. Dieser Communismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Nothwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Räthsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung.“ (Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, H III.)

Anmerkung: Besonders der letzte Verweis erweist sich noch hellsichtiger als 50 Jahre später, wenn diese Zeilen geschrieben werden: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts begreifen immer mehr Menschen, dass der Mensch einerseits Teil der Natur ist und andererseits nur innerhalb dieser natürlichen Grenzen sich selbst verwirklichen kann. Um „naturgemäß“ zu leben, muss der Mensch allerdings die Natur kennen und verstehen.

1964 veröffentlichte die HSU bundesweit ihre Forderungen in ihrem PROGRAMM. Kernpunkte sind:

- Demokratisierung der Wirtschaft
- Institutionalisierung einer Friedensforschung
- Unterstützung der Befreiungsbewegungen, keine Militärhilfen für diktatorische Regime
- Demokratisierung der Massenkommunikationsmittel
- Schaffung eines Zivilrechts, das die Sozialisation fördert
- Stopp jeder Notstandsgesetzgebung
- gegen jede Einschränkung der Grundrechte
- für eine Überwindung des Ödipus-Konfliktes
- für eine Aufhebung der traditionellen heterosexuellen Paarbindung
- für Empfängnisverhütung (mithilfe der Antibabypille) und Schwangerschaftsunterbrechung
- gegen eine Studienreform, die „Fachidioten“ produzieren will
- für eine demokratische Mitbestimmung im gesamten Bildungswesen

## **Der 2. Juni 1967 mobilisierte die HSU**

Obwohl die HSU bundesweit 1962 gegründet worden war, wurde die HSU (nach Lage der gegenwärtigen Recherche) in Hamburg erst im Sommersemester 1966 „aktenkundig“. Ihre damalige Vorsitzende Hiltraut HESSENAUER beteiligte sich organisatorisch an den Vietnam-Demonstrationen 1966. Im WS 1966/67 plakatierte die HSU für die Vorträge: „Möglichkeiten der politischen Einflussnahme und ihre Effektivität“ und „Die pressure group am Beispiel der Humanistischen Union“. Zu Beginn des SS 1967 übernahm Harald DUCHROW den Vorsitz in der HSU. Er war oft in der ersten Reihe (2. v. links mit Helm und Mantel, Foto G. Zint)



Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg erschossen. Die HSU beteiligte sich an den Demonstrationen in Hamburg gegen die von der Springer-Presse initiierte Hetzjagd gegen

Studenten. Bei der Demonstration gegen den Schah von Persien, der am 3. Juni 1967 Hamburg besuchte, standen Mitglieder der HSU vor der Hamburger Staatsoper in den ersten Reihen – und flüchteten mit anderen Demonstrierenden nach dem Einsatz berittener Polizei. Polizisten drohten mit Gummiknüppeln auf die Demonstrierenden ein, die nicht schnell genug zurückweichen konnten. Am 25. Oktober 1967 wurde der „Republikanische Club“ in Hamburg gegründet. Die HSU beteiligte sich an den Mietkosten für das Gebäude an der Rothenbaumchaussee 65. Der angemietete Raum war freitags der „jour fixe“ der HSU. Hier wurden Referate vergeben, ein Mitglied referierte über einen theoretischen Text – den im Idealfall alle gelesen haben sollten – und anschließend wurde diskutiert, was das für die aktuelle Studentenpolitik bedeutet. „Schulung“ wurde das damals genannt. Auf Grund der eingeschränkten gymnasialen Ausbildung bestand ein enormer Nachholbedarf:

- Karl Marx: Philosophisch-ökonomische Manuskripte
- Sigmund Freud: Das Unbehagen in der Kultur
- Wilhelm Reich: Die sexuelle Revolution
- Joachim Kahl: Das Elend des Christentums
- Stephan Leibfried: Wider die Untertanenfabrik
- André Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus
- Bahman Nirumand: Persien, Modell eines Entwicklungslandes
- Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse
- Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch
- U.a.

Für die Wahlen zum Studentenparlament SS 1968 trat die HSU erstmalig mit eigenen Kandidat\*innen an. In einem Flugblatt forderte die HSU u. a.:

- eine durchgreifende Demokratisierung der Hochschule das bedeutet u.a.:
- gleichberechtigte Mitwirkung aller Universitätsangehörigen in den Entscheidungsgremien der Universität, mindestens aber Drittelparität – Professoren-Mittelbau-Studenten
- Verbot von Zwangsexmatrikulation und numerus clausus
- Garantie des politischen Streikrechts der Studenten
- Abschaffung des Disziplinarrechts und Einschränkung des Hausrechts des Rektors
- Einführung eines familienunabhängigen Studienhonorars
- Suspensives Vetorecht des ASTA und des Studentenparlaments

In der HSU in Hamburg sammelten sich Ende der 60er Jahre Studierende, die auf Grund eigener Überlegungen oder auf Grund familiärer Tradition atheistisch motiviert waren, die Gesellschaft zu gestalten. Die Motivation, subjektiv einen „Vatermord“ (im psychoanalytischen Sinn) begehen zu müssen, war in der HSU nicht verbreitet. In der HSU versammelten sich Studierende, die eine demokratische Gesellschaft ohne klerikalen Einfluss schaffen wollten und denen der Begriff „Sozialismus“ begriffsoffen war; der sogenannte „reale Sozialismus“ war kein Leitbild, weil er eine „freie Assoziation der Produzenten“ eben nicht beinhaltete. Die HSU band daher Studierende, die sich „links“ im Sinne einer Demokratisierung der Gesellschaft empfanden, aber nicht unbedingt „sozialistisch“ sein wollten, weil niemand wusste, was das konkret bedeuten sollte. Sie warb in ihren Flugblättern damit, dass ihre Mitglieder keine Parteikarrieren anstrebten und distanzierte sich so vom SHB und RCDS. Die HSU band Studierende, die auf Grund ihrer familiären Sozialisation oder auf Grund eigener Reflektion antiautoritär und/oder sozialistisch motiviert waren, sich hochschulpolitisch zu engagieren.

## **Das Attentat auf Rudi Dutschke und die Demos gegen die Notstandsgesetze**

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 beteiligte sich die HSU an Flugblattaktionen, die die Leser\*innen der Springerpresse über die Manipulationen des Springerkonzerns aufklären sollten. Ende April 1968 lud die HSU zu einem Filmabend im Hauptgebäude der Uni ein. Gezeigt wurde der Film „Millionen sind stärker als Millionäre“ der zum Widerstand gegen die geplanten Notstandsgesetze aufrief. Nach dem Film sprach Fritz Vilmar vom IG-Metall-Bundesvorstand. Im Mai 1968 beteiligte sich die HSU aktiv an einer Demonstration gegen die drohenden Notstandsgesetze (Kundgebung auf der Moorweide am 9. Mai). Wichtigster Sprechgesang auf dieser Demo: „Lass das nur den Benda machen, Benda macht die tollsten Sachen!“ HSU-Mitglieder waren im „Koordinationsausschuss 11. Mai“ vertreten, der eine Sternfahrt nach Bonn organisierte. Im Mai und Juni verteilten HSU-Aktivist\*innen die vom ASTA herausgegebene Zeitung „Zur Sache“ beim abendlichen Schichtwechsel vor der PHOENIX, die Firma war der größte Arbeitgeber in Hamburg-Harburg.

## **HSU und SDS mobilisieren für eine sozialistische Gesellschaft**

In den Jahren 1966 bis 1968 wurde in der Öffentlichkeit vor allem der SDS als Teil studentischer Gruppen wahrgenommen, der z. B. durch Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg auf sich aufmerksam machte. Ein weitgefasster Internationalismus war nicht das Arbeitsfeld der HSU in Hamburg. Das Schwergewicht lag auf der Hochschulpolitik: Die HSU wollte die Demokratisierung der Universität und ihre Öffnung für gesellschaftlich relevante Problemstellungen. Die Verzahnung mit der Politik in der BRD war dabei immer im Blickfeld und in der Zusammenarbeit mit der bundesweiten Humanistischen Union auch gegeben. Der HSU gelang es vor allem in der Philosophischen Fakultät, die meisten Fachschaftsvertreter zu stellen. Die basisdemokratischen Zielvorstellungen der HSU fanden die mehrheitliche Zustimmung der Studierenden in der Philosophischen Fakultät. Der SDS war auf dieser Ebene nicht vertreten. Die HSU stellte ab dem Sommersemester 1968 z. B. drei Semester lang die jeweiligen Fakultätssprecher (und somit die zwei „studentischen Vertreter“ in den Sitzungen der Fakultät – gegenüber 45 Ordinarien).

Großen Einfluss auf das gesellschaftspolitische Selbstverständnis der HSU hatten die rätedemokratischen Ziele der revolutionären Sozialisten, wie sie Rudi Dutschke in seiner kleinen Schrift „Zur Literatur des revolutionären Sozialismus. Von Karl Marx bis in die Gegenwart“ vorgestellt hatte. Der Kronstädter Aufstand 1920 gegen die Bolschewiki wurde von den HSU-Aktivist\*innen in ihrem Raum im Republikanischen Klub diskutiert. Das rätedemokratische Modell wurde in der konservativen Geschichtswissenschaft und Politologie als „gescheitert“ diskreditiert; aber die HSU-Aktivist\*innen waren der Meinung, dass es nicht „an sich“ gescheitert war, sondern von außen zerschlagen worden war. Die Versuche einer rätedemokratischen Organisation von der Pariser Kommune bis zur Münchener Räterepublik zeigen dies. Eine rätedemokratische Konzeption verfolgten überzeugend – wie die jeweiligen Wahlerfolge zeigten – die HSU-Aktivist\*innen in den studentischen Gremien der Philosophischen Fakultät.

Transportiert wurde die hochschulpolitische Arbeit der HSU-Aktivist\*innen durch Diskussion über die Forderung nach Drittelparität in den universitären Gremien, die Abschaffung punktueller Prüfungen, das politische Mandat der studentischen Gremien. Die Studenten wollten nicht länger Kinder der „alma mater“ sein (die über ein hauseigenes Disziplinarrecht verfügte), sondern sie wollten als Staatsbürger aktiv politisch handeln. Die HSU-Aktivist\*innen ver-

suchten das drohende Hochschulgesetz, das eine Verschulung des Studiums vorsah – zur Fabrikation von „Fachidioten“ - , zu verhindern. --- Vergeblich! ---

Im außeruniversitären Bereich trafen sich die Aktivitäten der HSU und des SDS im Kampf für eine Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Hier kam es zur „Aktionseinheit“ im Widerstand gegen die drohenden Notstandsgesetze im Frühjahr 1968.

Die HSU engagierte sich besonders in der Philosophischen Fakultät für einen Vorlesungsstreik, der gegenüber der Öffentlichkeit zeigen sollte, dass die Studenten als Staatsbürger gegen die geplanten Notstandsgesetze waren. Die Teilnahme an den Streiktagen vom 13. bis 15. Mai 1968 wirkte auf die HSU-Aktivist\*innen ernüchternd. Die meisten Studierenden wollten „einfach studieren“. Der hochschulpolitische Versuch der HSU und des SDS, die Studenten in „Staatsbürger“ zu verwandeln, war größtenteils missglückt. Die Universitätsverwaltung verfügte an den „Streiktagen“ die Schließung des Philosophenturms statt um 22 Uhr schon ab 17 Uhr. Gegen diese provokative Maßnahme gab es keinen massiven Protest: die Studierenden doch keine „Staatsbürger“, sondern „Untertanen“.

Der Frust über die mangelnde Beteiligung an den „Streiktagen“ motivierte HSU und SDS, die „Basisarbeit“ zu verstärken. Im Dezember 1968 kam es zum „Linkskartell“ zwischen HSU, SDS und SHB, das Kartell gewann die Wahlen zum Studentenparlament im Wintersemester 1968/69. Im Sommersemester 1969 stellten HSU (Hopfenmüller) und SDS (Malin) die beiden ASTA-Vorsitzenden.

### **Hochschulpolitik, Reformarbeit, Institutsbesetzungen, Polizeieinsätze**

Im SS 1968 beteiligte sich die HSU aktiv an der „Kritischen Universität“ mit dem Arbeitskreis „Konservatismus und Neofaschismus in der BRD“ für den Arnold Svensson verantwortlich war. Motivation für den Arbeitskreis war der zunehmende Erfolg der NPD. In der Beschreibung des Arbeitskreises wurde u. a. ausgeführt:

„Der antidemokratische Konservatismus in der BRD ist der Nährboden, auf dem der Neofaschismus wächst. Bereits in der Springer-Presse, in den Rednerdiensten der CSU, in Reden der Seeboms, von Hassels, Erhards, Strauss` und Schützs wird die Ideologie der radikalen Rechten vorformuliert. Die Bundestagsparteien, die sich aus wahltaktischen Gründen nach rechts angepasst haben, die alte Nazis und aktive „Mitläufer“ in höchste Staatsämter berufen haben und die dem Volk weismachen, Hitler und der Nazismus seien über Deutschland gekommen als „Zuchtrute Gottes“ wie eine Krankheit oder ein Ungewitter – diese Parteien haben der NPD mit den Weg bereitet und führen ihr ständig neue Mitglieder zu.

Eine Analyse des bundesdeutschen Rechtsradikalismus und der Versuch einer Therapie können sich daher nicht auf die NPD und ähnliche Organisationen beschränken, deren terroristischer Charakter offen zutage liegt. Einbezogen werden muß in die Untersuchung auch und gerade der autoritär-antidemokratische Konservatismus in allen seinen Erscheinungsformen, dessen faschistische Tendenzen, - zumeist unter Berufung auf christliche, preußische u. ä. Tugenden - bewußt oder unbewußt verdeckt werden und ohne den der Rechtsradikalismus in Deutschland keine Chancen hätte

Es ist daher beabsichtigt, in dem geplanten Arbeitskreis die Zusammenhänge der Ideologien der „organisierten und der etablierten Rechten“ (Duve) zu analysieren und aufzudecken. Dabei wird besonders auf die ökonomischen, soziologischen und (sozial)psychologischen Ursachen des Faschismus einzugehen sein. ... Weiterhin wird es Aufgabe des Arbeitskreises sein, direkte Aktionen zur Aufklärung über den Neofaschismus vorzubereiten.“

Die Teilnehmerzahlen an diesem Arbeitskreis blieben überschaubar. Einmal tauchte Jürgen Rieger, der spätere NPD-Funktionär, mit einigen seiner Kumpanen vom Republikanischen Studentenbund Deutschlands auf. Er vertrat die Ansicht, dass das „Führerprinzip“ für Deutsche eine „wesensmäßige“ politische Zielsetzung sei. Im Rahmen der Kritischen Universität organisierte die HSU für den 12. Juli 1968 einen Vortrag des damaligen Stern-Redakteurs Manfred Bissinger zum Thema „Rechtsradikalismus in der Presse“.

Ende August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei ein, um den „Prager Frühling“ zu beenden. Die HSU rief zusammen mit SHB und SDS zu einer Demonstration gegen diese Invasion auf, an der über 2000 Studierende teilnahmen. Die Mitglieder der HSU sahen im „Prager Frühling“ die Verwirklichung ihrer Utopie eines „Sozialismus“ (radikale Mitbestimmung aller Bürger\*innen). Vom 7. bis 12. Oktober fand in Berlin der „Germanistentag“ des Germanistenverbandes statt, Vorsitzende des Verbandes waren damals die beiden Hamburger Ordinarien Borck und Schneider. Die Hamburger Fachschaft Germanistik beteiligte sich mit ihrem Fachschaftssprecher Arnold Svensson am „Gegengermanistentag“, der unter dem Motto stand „Färbt die blaue Blume rot!“. Der Germanistentag konnte wegen der studentischen Gegenaktionen nicht in der geplanten Form stattfinden. Er fand in der Studentenzeitung „auditorium“ (Nr. 56 und 57) seinen kontroversen Niederschlag.

Für die Wahlen zum Studentenparlament für das WS 1968/69 kandidierten 5 HSU-Mitglieder, von denen 3 gewählt wurden. Die HSU war vor allem in den Fachschaften der Germanistik, Anglistik und Geschichte verankert und stellte die jeweiligen „Fachschaftssprecher“. In Seminaren und Vorlesungen nervten HSU-Mitglieder mit der Frage: „Worin besteht die gesellschaftliche Relevanz ihres Arbeitsbereichs?“ Die HSU warb auf Flugblättern für ihre Kandidaten. Wahlslogan auf den „Wahlinfos“ der HSU war „HSU IS GOOD FOR YOU“. Politische Ziele sind u. a.:

- Abschaffung des Lehrstuhlprinzips
- Abschaffung der Habilitation zugunsten eines einheitlichen objektiven Berufungsverfahrens
- Drittelparitätische Besetzung und Öffentlichkeit der Beratung der universitären Entscheidungsgremien
- Abschaffung der Großvorlesungen stattdessen Verteilung von Skripten
- Einrichtung eines Instituts für Hochschuldidaktik
- Intensivierung der Fachschaftsarbeit, des Mentorenprogramms und der Kritischen Universität
- Objektivierung des Prüfungsverfahrens, Abschaffung der punktuellen Prüfungen



(Teach-In zur Hochschulreform 1968 von links 1. Reihe: Malin, Johannsen, Hopfenmüller Kärner, Roht, Löwe – am Mikrofon Dirk Hinrichs – Foto G. Zint)

Im WS 1968/69 wurde das HSU-Mitglied Günter Hopfenmüller zum studentischen Fakultätssprecher der Philosophischen Fakultät gewählt. Unter seiner Leitung etablierte sich ein „Koordinationsausschuss der Fachschaften der Philosophischen Fakultät“, der in regelmäßigen Abständen ein PHIL-INFO herausgab. Ein neues Hochschulgesetz für die Uni Hamburg war in der Beratung. Im PHIL-INFO wurden die Studierenden über die verschiedenen Entwürfe informiert und zum Widerstand gegen ein Hochschulgesetz aufgerufen, das studentische Forderungen für eine Demokratisierung der Hochschule negierte.

Auf Beschluss des Studentenparlaments, für den auch die HSU-Mitglieder gestimmt hatten, wurde spätabends am 31. Oktober 1969 das Wissmann-Denkmal gestürzt. HSU-Mitglieder zogen tatkräftig mit an den Stricken, die Wissmann zu Fall brachten.

Auf einer Vollversammlung der Philosophischen Fakultät am 25. November 1968 stellte Hopfenmüller den Antrag:

„Die Vollversammlung der Studenten der Philosophischen Fakultät fordert die engere Fakultät auf, ihre Beschlüsse über die Teilung der Fakultät und Wahl der Subdekane aufzuheben und zusammen mit den Studenten eine von Dozenten und Studenten paritätisch zubesetzende Kommission einzurichten, die beauftragt wird, ein Modell für Neuorganisation des Wissenschaftsprozesses an der Philosophischen Fakultät, insbesondere für die projektgebundene Kooperation ihrer Fachrichtungen, zu entwickeln. Um sowohl die Arbeitsfähigkeit als auch die öffentliche Kontrolle der Kommission zu Garantieren, soll sie verpflichtet sein, turnusmäßig einmal im Monat die Ergebnisse ihrer Arbeit in einer Vollversammlung der Philosophischen Fakultät zu Diskussion zu stellen.“ Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Im November 1968 verteilte die HSU an der Uni Hamburg die Broschüre des Bundesvorstandes DIE UNIVERSITÄT ALS GENOSSENSCHAFT. Es war der Beitrag der HSU in der Diskussion um eine neue Hochschulverfassung. In der Einleitung dieser Broschüre heißt es:

„Die offiziell angestrebte Reform des Bildungswesens in der BRD ist darauf ausgerichtet, wirtschaftlich verwertbares Verfügungswissen bereitzustellen, nicht aber, kritische Reflexion der bestehenden Verhältnisse zu fördern. Dem kommen die tradierten Bildungsmethoden entgegen, die Disziplin und Anpassung fördern und passiv-rezeptives Lernen

voraussetzen. Der Grad der Bewährung an diesen Prinzipien ist das Kriterium für Auslese und weitergehende Förderung. Autoritäre Erziehungsmethoden schaffen so erneut autoritäres Potential, das innerhalb des Bildungssystems überfällige Traditionsbestände in einer die herrschende Ideologie stützenden Weise weitergibt.

An den Hochschulen wird ... das Recht auf Bildung umgeformt zur gestrafften Ausbildung von Fachkräften für spezialisierte Berufe durch isolierte Einzelwissenschaften, die den gesellschaftlichen Konnex nicht suchen und mit ihren Methoden auch nicht finden können.“

Das Zitat zeigt, dass es der HSU nicht allein um eine neue Organisation der Hochschule ging, sondern dass dieses Ziel eng verwoben war mit einem neuen Verständnis von Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung bewusst ist.

Da Oppositionellen im Iran und in Griechenland am Ende von Terrorprozessen die Todesstrafe drohte, riefen HSU, SHB und SDS zu einer Demonstration am 6. Dezember 1968 auf. Im Verlauf dieser Demonstration kam es zu Beschädigungen griechischer und iranischer Einrichtungen in Hamburg sowie am Amerikahaus. Die linken Hochschulgruppen wollten ihre Politik besser koordinieren; unter Beteiligung der HSU wurde daher am 8. Dezember (ein Sonntag) im Republikanischen Club das „Linkskartell“ gegründet. Flugblätter des Koordinationsausschusses der Fachschaften der Philosophischen Fakultät wurden sehr häufig von den HSU-Mitgliedern Günter HOPFENMÜLLER, Margret JOHANNSEN und Werner LOEWE formuliert.



(Günter Hopfenmüller und Folker Malin – Foto G. Zint)

Die Wahlen zum Studentenparlament im WS 1968/69 wurden zu einem triumphalen Erfolg für das Linkskartell (HSU, SHB, SDS), das die absolute Mehrheit im Parlament errang. Anfang Januar 1969 wählte das Bündnis HSU, SHB und SDS Günter Hopfenmüller (HSU) und Volker Malin (SDS) als ASTA-Vorsitzende. HSU-Mitglieder übernahmen Funktionen im neuen ASTA (Hartmut Kärner, ((Pressereferat)), Werner Loewe ((Hochschulreferat)). Fakultätssprecher der Philosophischen Fakultät wurden die beiden HSU-Mitglieder Margret Johannsen und Arnold Svensson.



## Besetzung der Psychologischen Institut

Anfang 1969 eskalierte der Druck der Studentenschaft auf eine demokratische Hochschulreform: eine Wissenschaftsreform, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, scheiterte am Widerstand bornierter Ordinarien. Die Studierenden sahen sich gezwungen, einen eigenen Lehrbetrieb zu organisieren, der ihren Wissenschaftskriterien entsprach. Die Fakultätssprecher der Philosophischen Fakultät, Arnold Svensson und Margret Johannsen, riefen zu einer Vollversammlung der Philosophischen Fakultät am 28. Januar 1969 auf (ab 19.30 Uhr). Im Vorspann zum Aufruf wandten sich die beiden Fakultätssprecher gegen die neue Staatsexamensordnung, die ihrer Ansicht nach eine Verschulung des Studiums, eine Zwangsexmatrikulation nach 8 Semestern und eine Perpetuierung punktueller Prüfungen beinhaltete. Die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät beschloss, das Psychologische Institut zu besetzen und einen eigenen Lehrbetrieb zu organisieren. Die Studierenden gingen in den 2. Stock des Philosophenturms, dort verkündigte die stellvertretende Fakultätssprecherin und Mitglied der HSU unter dem Jubel der anwesenden Studierenden: „Hiermit erkläre ich das Psychologische Institut für besetzt!“ An den Fenstern im 2. Stock des Philosophenturms wurde ein Transparent angebracht „1. Befreites Institut“. Noch in der Nacht wurde mit technischer Hilfe eines HSU-Mitgliedes ein Privatsender installiert, der die Bevölkerung der näheren Umgebung (viel weiter reichte die Kapazität des Senders nicht) über die Aktivitäten im Philosophenturm unterrichten sollte. (Der Sender – auf Polizeifunk umgeschaltet – sollte in den nächsten Tagen so manches Polizeifahrzeug in Verwirrung stürzen.). In der Nacht zum 29. Januar 1969 rückten 400 Polizisten mit Schlagstöcken an, um das „befreite Institut“ zu „entsetzen“. Viele nächtliche Besetzer – darunter viele HSU-Mitglieder – wurden in polizeiliches „Gewahrsam“ genommen. Zivilbeamte kontrollierten das Psychologische Institut ab dem 29. Januar 1969 (Streikversammlung im Phil-Turm/Psychologischen Institut – Foto G. Zint)



Die Besetzung des Psychologischen Instituts polarisierte die Studentenschaft der Uni Hamburg: Materielle Gewalt, um eine Demokratisierung der Universität voranzutreiben?

Am 29. Januar 1969 kam es zur Vollversammlung der Studierenden im Audimax. Der Sprecher der Philosophischen Fakultät Arnold Svensson (HSU) und der Sprecher der Fachschaft Psychologie verteidigten vehement die Besetzung des Psychologischen Instituts als Beginn einer Transformation der Ordinarienuniversität in eine Forschung und Lehre, die sich dem Wohl aller verpflichtet fühlt. Im anschließenden „Hammelsprung“ votierten 1634 Studierende für und 1187 gegen eine Besetzung des Psychologischen Instituts. Am Nachmittag des 29. Januars votierte auch eine überwältigende Mehrheit der Vollversammlung des Psychologischen Instituts für eine Besetzung des Psychologischen Instituts.

Die Fachschaft Germanistik (Fachschaftssprecher Arnold Svensson, Mitglied der HSU) solidarisierte sich mit der Fachschaft Psychologie und besetzte am 30. Januar 1969 das Germanische Institut (=3. Stock des Philosophenturms) und das Literaturwissenschaftliche Institut (=4. Stock des Philosophenturms). Die Polizei hatte den Haupteingang zum Philosophenturm abgesperrt. Aktivistinnen der HSU und der Fachschaft Germanistik war der „Hinteringang“ bekannt, durch den sie „einsickerten“. Als die Polizei vom 2. Stockwerk (=Befreites Institut) mit Feuerwehrschräuchen auf die vor dem Phil-Turm demonstrierenden Studierenden, die in den abgesperrten Phil-Turm wollten, spritzten, eröffneten Mitglieder der Fachschaft Germanistik und somit viele HSU-Mitglieder ihrerseits das Feuer/Wasser auf die unter ihnen liegenden Polizei-Einheiten: der strategische Vorteil lag bei den Studierenden des 3. und 4. Stocks; es spritzt sich leichter von oben als von unten. Das Literaturwissenschaftliche Institut wurde in „Bazon Brook“-Institut umgetauft.

Der Fachschaftsrat Germanistik (David Müller und Arnold Svensson, beide HSU-Mitglieder) beriefen für den 31. Januar eine Vollversammlung ein, auf der die Besetzung der beiden Institute im Nachhinein gebilligt wurde. Die Vollversammlung verabschiedete eine Resolution, in der es u. a. heißt:

- Vorlesungen werden abgeschafft. An ihre Stelle tritt eine Verbindung von Exposition und selbstständiger Weiterverarbeitung durch studentische Arbeitsgruppen und Kolloquien
- Ein Ausschuß für Lehre wird spätestens im SS 1969 in der vom FS-Rat vorgeschlagenen Form institutionalisiert
- Gruppenarbeit wird von den Mitgliedern des FS-Rates initiiert und vom Lehrkörper optimal gefördert
- Die Zwischenprüfung in der jetzigen Form wird abgeschafft. In einer Übergangsphase wird der Leistungsnachweis auf Grund der erfolgreichen Teilnahme an Lehrveranstaltungen erteilt

Der Fachschaftsrat Germanistik (=überwiegend HSU-Mitglieder) rief zur Demonstration am 5. Februar auf, um gegen das drohende Hochschulgesetz und gegen die gewaltsame Räumung des „Wilhelm-Reich-Instituts“ durch die Polizei und unter Billigung der Universitätsleitung zu demonstrieren.

Wenige Tage später, am 12. Februar 1969 verabschiedete die Philosophische Fakultät – gegen die beiden Stimmen der studentischen Fakultätssprecher und 3 Ordinarien – eine Resolution, in der die „Freiheit von Forschung und Lehre“ verteidigt wurde, gegen die „gewaltsame Besetzung“ des Psychologischen Instituts. Diese Resolution offenbarte den intellektuellen Bankrott der Ordinarien: Sie waren nicht fähig, ihre soziologisch-politische Position zu reflektieren. Die beiden Fakultätssprecher verbalisierten dies in einem Flugblatt vom 13. Februar 1969.

In der Philosophischen Fakultät kam es mit Beginn des WS 1968/69 immer mehr zur Gründung von „Basisgruppen“, an der HSU-Mitglieder aktiv beteiligt waren. Ziel war es, die etablierte „Ordinarien-Wissenschaft“ systemintern aufzulösen. Ein Lichtblick gegenüber der „geisteswissenschaftlichen Verbläsenheit“ schien der „Positivismus“ zu sein, der in den „Geisteswissenschaften“ „Objektivität“ zu versprechen schien. In den Basisgruppen der Philosophischen Fakultät wurde dieser Anschein systematisch destruiert und der „Positivismus“ als „systemstabilisierend“ entlarvt. HSU-Mitglieder in den Fachschaften und Basisgruppen der Philosophischen Fakultät hatten darin einen nicht geringen Anteil.

Am 7. Juli 1969 versuchten Mitglieder des Fachschaftsrates Germanistik und einige Sympathisanten – darunter viele HSU-Mitglieder – das Germanistische Institut zu besetzen, um die Abschaffung der punktuellen Zwischenprüfung zu erzwingen. Der Versuch misslang, weil Polizei und Teile des Lehrkörpers – darunter auch der Mittelbau! – gegen die Studierenden einschritten. Der ASTA rief zu einer Vollversammlung auf, die mehrheitlich die Forderung nach Abschaffung der punktuellen Zwischenprüfung unterstützte; daraufhin wurde das Germanistische Seminar wieder von Studenten unter Federführung von HSU-Mitgliedern besetzt. Nach einiger Zeit – etwa um 18.00 Uhr – wollte die Polizei (20 Mannschaftswagen und Gefangenenwagen) das Seminar wieder „entsetzen“, aber die Studierenden hatten sich rechtzeitig „verpöseligt“. Die Polizei zog ab, und die Studierenden besetzten zur Nacht abermals das Seminar, zogen aber am Morgen vor einem möglichen erneuten Polizeieinsatz ab.

### **Der Brock-Konflikt**

Wiederholt forderte die Fachschaft Germanistik vom Institutsleiter Prof. Borck, dem Fachschaftsrat Germanistik das Doktorandenzimmer zur Mitbenutzung zu überlassen. Borck ging auf diese Forderungen nicht ein. Der Fachschaftsrat rief daher zu einem Go-in in Borcks Vorlesung und Seminar am 10. und 11. Juni 1969 auf. Im Hörsaal D des Philosophenturms forderte Borck den Fachschaftsrat auf, den Raum zu verlassen. Fachschaftssprecher Svensson, in der Hand ein Megaphon, rief „Herr Borck, sie haben hier nicht das Wort!“. Resigniert griff Borck zu seiner Aktentasche und verließ den Raum. Die Vorlesung wurde vom Fachschaftsrat umfunktioniert in ein Teach-in zur Studienreform des Faches Germanistik. Ende Juni 1969 organisierten die beiden Fakultätssprecher eine Vollversammlung der Philosophischen Fakultät, auf der gefordert wurde, gegen zwei Philosophiestudenten (Guitierrez und Oberlercher), die mit Prof. Oehler im Streit lagen, das Ausländer- und Ordnungsrecht nicht anzuwenden. Mit organisierender Unterstützung des Fachschaftsrates Geschichte, und damit vieler HSU-Mitglieder, wurde Ende Juni 1969 die punktuelle Zwischenprüfung im Fach Geschichte massiv gestört.



Margret Johannsen /Mitte, Folker Malin/links (Foto G. Zint)

Zu Beginn des WS 1969/70 wurde Margret Johannsen zur Fakultätssprecherin gewählt und Wolfgang Homfeld (ebenfalls HSU-Mitglied) zu ihrem Stellvertreter. Bei den Wahlen zum Studentenparlament feierte das „Linkskartell“ einen triumphalen Erfolg. Die zunehmende selbstorganisierte Arbeit in Basis- und Projektgruppen band Energien der HSU-Mitglieder: die Hochschulgruppe löste sich unmerklich auf. Ihre Mitglieder tauchten ein in die Fraktionierungen der „post - antiautoritären Phase“ zu Beginn der 70er Jahre.

Autor: Arnold Svensson